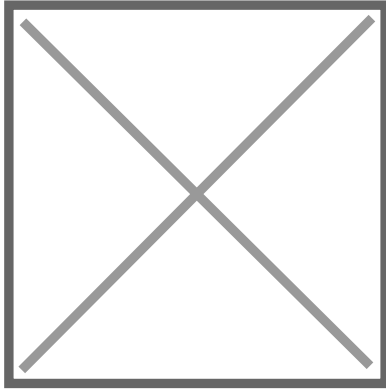




Marie-Luise DÄ¶tt MdB

Description

Pfeile gerade aus, nach recht und linksFoto: pixabay.com

WÄ¶hlen gehen: Privileg und BÄ¶rgerpflicht!

Am 26. September ist Bundestagswahl â?? mehr als 60 Millionen Menschen sind aufgerufen, mit ihrer Stimme Ä½ber die Zusammensetzung des 20. Deutschen Bundestages zu entscheiden. Ein Privileg, und zugleich eine BÄ¶rgerpflicht, der aber seit Jahrzehnten ein Viertel der Wahlberechtigten nicht nachkommt. Das ist grob fahrllÄ¶ssig!

Niemand ist gezwungen, zur Wahl zu gehen. Doch die Freiheit zu wÄ¶hlen ist keine SelbstverstÄ¶ndlichkeit, das ist mit Blick Ä½ber die Grenzen tÄ¶glich in der Zeitung zu lesen und in der Tagesschau zu sehen.

Eine Demokratie und damit eine freie Gesellschaft mit dem Privileg tatsÄ¶chlich freier Wahlen kann aber nur dauerhaft bestehen, wenn sich die BÄ¶rgerinnen und BÄ¶rger an ihr beteiligen und sie gestalten. Eine demokratische Regierung ist erst dadurch legitimiert, dass mÄ¶glichst viele sie gewÄ¶hlt haben.

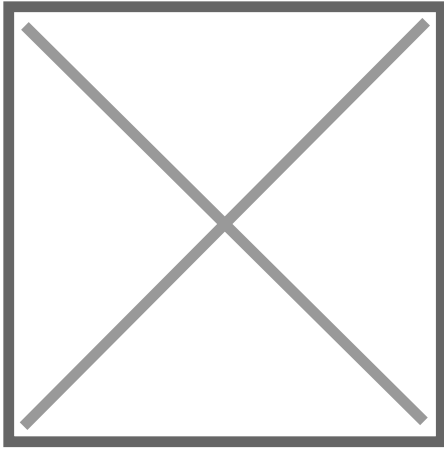
FÄ½r viele mutet das Kreuzchen wie die **Qual der Wahl** an. Die KomplexitÄ¶t und Vielfalt wichtiger Politikbereiche mit Problemen, fÄ½r die es oft keine einfache LÄ¶sung gibt, lÄ¶sst manchen ratlos zurÄ½ck. Gesellschaftlicher Wandel und eine Pluralisierung und Individualisierung der Lebensstile haben die klassische Milieu- und Parteibindung verringert und die Wahlentscheidung fÄ½r viele weniger eindeutig und damit schwieriger gemacht. Doch es lohnt, sich zu informieren und eine Stimme abzugeben, und sei es fÄ½r die als geringstes Ä?bel empfundene Partei. Denn wer nicht wÄ¶hlt, fÄ½r den entscheiden andere, und zwar im Zweifel nicht in seinem Sinne. Jede nicht abgegebene Stimme erleichtert es extremistischen StrÄ¶mungen, einen grÄ¶ßeren Einfluss auf unsere Gesellschaft und die Politik zu bekommen â?? und das wollen die meisten NichtwÄ¶hler Ä½berhaupt nicht.

Einen nicht unerheblichen Teil der â??WahlmÄ½denâ?? macht die **Gruppe der Unzufriedenen** aus, die â??denen da obenâ?? einen Denktzettel verpassen wollen. Doch das funktioniert nicht. Die eigene Stimme fÄ¶llt einfach unter den Tisch. Nur wer wÄ¶hlt, kann eine Partei klar der anderen vorziehen. Wer mitentscheiden will, wer regiert, muss wÄ¶hlen, sonst entscheiden andere. Den Schaden des NichtwÄ¶hlens hat weniger die kritisierte Partei, als vielmehr die Demokratie.

Die Entscheidung, wer das Land regiert, kann von wenigen Stimmen abhÄ¶ngen: **Jede Stimme kann einer Partei an die Macht verhelfen** und dazu beitragen, dass das Land im eigenen Sinne mitgestaltet wird. Der in knapp zwei Wochen zu wÄ¶hlende Bundestag wÄ¶hlt die Bundeskanzlerin bzw. den Bundeskanzler. Jede Stimme entscheidet also mit, welche Partei die Person stellt, die in der nÄ¶chsten Legislaturperiode die RegierungsgeschÄ¶fte fÄ½hrt, die Bundesministerinnen und Minister bestimmt und die Leitlinien der Politik verantwortet.

Das klingt weit weg? Vielleicht, doch die Politik, die diese Volksvertreter gestalten, nimmt entscheidenden Einfluss auf ganz wesentliche Fragen des Alltags, die alle BÄ¶rger betreffen, jeden einzelnen WÄ¶hler und NichtwÄ¶hler.

Wer die Stimme verweigert sollte sich fragen, mit welchem Recht er Politiker und die Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft kritisiert. Natürlich bleibt auch den Nichtwählern das hohe Recht der Meinungsfreiheit, ihre Kritik weiterhin lautstark kund zu tun. Aber auch nur, solange nicht zu viele sich verweigern und unserer freiheitlichen Demokratie den Boden entziehen.



Marie-Luise Ditt MdB „Berlin und Oberhausen